

DEUTSCHLAND NEUES ENERGIEKONZEPT

Mit einem Energiemix auf Bayerisch fordern die Christsozialen jetzt die Ampel heraus

Stand: 01:31 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten



Von **Nikolaus Doll**
Ressort Politik



Quelle: picture alliance/dpa: Nicolas Armer, Markus Scholz; picture alliance/Flashpic/Jens Krick; Infografik WELT

Die CSU will die Energieversorgung in Deutschland sicherstellen. In einem neuen Konzeptpapier plädieren die Christsozialen für den Bau eines neuen Atomkraftwerks zu Forschungszwecken. „Vernunftenergien“ sollen Blackouts verhindern. Zudem sollen Wasserkraft und Geothermie stärker genutzt werden.

Die CSU setzt zur Sicherung der Energieversorgung in Deutschland langfristig auch auf Kernenergie – und zwar über den Weiterbetrieb der derzeit noch bestehenden drei Atommeiler hinaus. „Die Energiestrategie muss neu justiert werden: mit einem Mix aus erneuerbaren Energien, neuen Energiequellen wie Wasserstoff, der Erschließung heimischer Gasvorkommen und neuer Forschung an der Weiterentwicklung der Kernenergie in beiden Bereichen, der Kernspaltung und der Kernfusion“, sagte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt WELT AM SONNTAG. „Dafür wollen wir einen neuen Bundesenergieforschungscampus einrichten für Spitzenforschung ohne Denkverbote.“

Auf dem geforderten Campus sollen „gemeinsam mit Unternehmen und anderen Forschungseinrichtungen die Energietechnologien entwickelt werden, die das kommende Zukunftsjahrzehnt bestimmen“, wie es im Entwurf für einen Beschluss beim anstehenden Jahresauftakttreffen der CSU im Bundestag heißt. Zu diesen Technologien zählt die Landesgruppe neben Kernfusionsverfahren vor allem auch Wasserstoff als Energieträger (</wirtschaft/plus242074493/Die-Zukunft-heisst-Wasserstoff-und-Deutschland-verschlaeft-sie.html>).

Im neuesten Energiekonzept der Christsozialen, das WELT AM SONNTAG vorliegt und am ersten Januarwochenende im oberbayerischen Kloster Seeon verabschiedet werden soll, wird außerdem für den Bau eines neuen Atomkraftwerks plädiert. Allerdings in erster Linie zu Forschungszwecken. Dort sollen „neue Konzepte der Kernenergie entwickelt werden, um auch in Deutschland wieder die Potenziale der Technologie zu untersuchen“. Mit Blick auf die drei noch am Netz befindlichen Meiler fordert die CSU einen Weiterbetrieb bis mindestens Ende des Jahres 2024 und den dafür nötigen Kauf neuer Brennelemente.

Die Debatte über den AKW-Weiterbetrieb wird angeheizt

Die Christsozialen heizen damit die Debatte über die Nutzung der Kernenergie sowie den Weiterbetrieb bestehender Anlagen an und stellen mit ihrem Konzept den Atomausstieg im Grunde infrage. Denn nach einer erfolgreichen Erforschung neuer Kernenergieverfahren wäre der nächstliegende Schritt der Bau neuer Anlagen.

Die Atompläne der CSU sind eine direkte Attacke auf die Grünen und ihren Wirtschafts- sowie Energieminister Robert Habeck, auch auf die SPD. Der Fokus beider Parteien in der Bundesregierung liegt klar auf dem Ausbau der erneuerbaren Energien und der Wasserstofftechnologie. Um die Grünen dazu zu bewegen, angesichts drohender Energieengpässe die drei bestehenden Meiler wenigstens bis Mitte April 2023 am Netz zu lassen, hatte Kanzler Olaf Scholz (SPD) im vergangenen Oktober von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen müssen (</politik/deutschland/plus241657411/AKW-Weiterbetrieb-Das-inszenierte-Machtwort-des-Olaf-Scholz.html>). Der Atomausstieg ist im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien fest vereinbart und für Grüne und SPD nicht verhandelbar.

Die FDP liegt allerdings auf Kurs der Union (</politik/deutschland/article242777169/FDP-stellt-Atomausstieg-im-April-erneut-in-Frage.html>) und fordert zumindest einen längeren Weiterbetrieb bestehender Anlagen. Nach dem Reaktorunfall von Fukushima im Frühjahr 2011 hatte jedoch auch Markus Söder, damals bayerischer Umweltminister, einen schnellen Atomausstieg gefordert und sogar mit Rücktritt gedroht, sollte der erst nach 2022 vollzogen werden. Unter dem Eindruck der derzeit drohenden Energieengpässe und der stark steigenden Preise hat inzwischen beim bayerischen Ministerpräsidenten und den Unionsparteien ein Umdenken eingesetzt.

Blackouts sollen mit „Vernunftenergien“ verhindert werden

Nun fordert die Landesgruppe in ihrem Papier, Deutschland müsse „weg von ideologischen Debatten über vermeintliche Moralenergien und hin zu einer Stärkung echter Vernunftenergien, um Blackouts zu verhindern und den Greenout in Deutschland zu beenden“.

Zu diesen sogenannten Vernunftenergien zählen für die Christsozialen neben den Erneuerbaren auch heimische Gasreserven. Dafür soll geprüft werden, wo eine Förderung sinnvoll und rentabel ist. Bislang war die bayerische Staatsregierung, was das Anbohren von Gasvorkommen im Freistaat angeht, eher zurückhaltend. Jüngst hatte [CSU-Generalsekretär Martin Huber](/politik/deutschland/article242727617/Gas-Regierung-unterschlaegt-dass-uns-viel-von-den-Gasreserven-nicht-gehoert.html) (</politik/deutschland/article242727617/Gas-Regierung-unterschlaegt-dass-uns-viel-von-den-Gasreserven-nicht-gehoert.html>) allerdings betont, dass man ausdrücklich die Förderung von Reserven auch im Freistaat prüfen müsse. Im Rahmen eines neuen Bevorratungsgesetzes soll eine verbindliche Gasreserve in Deutschland vorgeschrieben werden.

Die Speicher sollen nach den Plänen der Landesgruppe grundsätzlich nicht mehr an ausländische Unternehmen verkauft werden können. Wichtige [Gasspeicherstätten in Deutschland](/wirtschaft/plus242686751/Winter-in-Deutschland-Die-Gasspeicher-leeren-sich-Muessen-wir-jetzt-noch-staerker-sparen.html) (</wirtschaft/plus242686751/Winter-in-Deutschland-Die-Gasspeicher-leeren-sich-Muessen-wir-jetzt-noch-staerker-sparen.html>) waren unter anderem an den russischen Staatskonzern Gazprom veräußert worden, der aber die Füllstände drastisch reduzierte. Die Bundesnetzagentur hat inzwischen die Kontrolle über die Erdgasspeicher der Russen in Deutschland wieder übernommen.

Einig sind sich die Bundesregierung und Union indes beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Anhebung der Ausbauziele reiche aber nicht aus, um neue Anlagen für Wasserkraft, Fotovoltaik, Windenergie, Geothermie und Bioenergie in der nötigen Geschwindigkeit zu installieren, so die CSU.

Deshalb schlägt sie „Turbo-Genehmigungsverfahren und wirksame Investitionsanreize mit der Einführung von Superabschreibungen und einen Bonus von 20 Prozent der Investitionskosten als Zuschussförderung“ vor. Vor allem der Bau von Wasserstoffkraftwerken soll mit Priorität vorangetrieben werden. Die Idee: In Kooperation mit südeuropäischen und nordafrikanischen Ländern könnte durch Terminals an Mittelmeerhäfen und Pipelines über die Alpen die „Voraussetzung für den Aufbau einer eigenen Wasserstoffproduktion“ entstehen.

„Kick-off Politik“ ist der tägliche Nachrichtenpodcast von WELT. Das wichtigste Thema analysiert von WELT-Redakteuren und die Termine des Tages. Abonnieren Sie den Podcast unter anderem bei Spotify (<https://open.spotify.com/show/5YJ9twWCs7n3TWY1v9qCND>), Apple Podcasts (<https://podcasts.apple.com/de/podcast/kick-off-politik/id1584780171>), Amazon Music (https://music.amazon.de/podcasts/301a2b98-059b-4c75-84cd-d7f12a072607/KICKOFF-POLITIK?ref=dm_sh_DJg0sEabHwpV0f8wc9yZuPh8v) oder direkt per RSS-Feed.

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242960491>